Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 4

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Volksparteien in Schwierigkeiten

Gibt es gegenwärtig ein «Kopp-Syndrom» in der schweizerischen Innenpolitik? Als bei den Januarwahlen im Kanton Baselland ein freisinniger Regierungssitz verloren ging, war eine solche Vermutung deshalb nicht gänzlich abwegig, weil die extrem tiefe Stimmbeteiligung, die offensichtlich vor allem zulasten des bürgerlichen Kandidaten ging, wohl in direktem Zusammenhang mit dem generellen Malaise im Gefolge der jüngsten Ereignisse auf eidgenössischer Ebene stand.

Am ersten Märzsonntag brachten dann die Aargauer Wahlen für die Bundesratsparteien auf der ganzen Linie Rückschläge — mit Ausnahme der SVP, die im «Fall Kopp» von der ersten Stunde an auf einer harten Linie operierte und im Kanton Aargau mit zwei Sitzgewinnen zu den Siegern zählte. FDP und Sozialdemokraten verloren je sieben Grossratssitze, die CVP ihrerseits sechs. Das ist nach landläufigen Begriffen ein politischer Erdrutsch. Doch wäre es allzu einfach, hieraus direkte Zusammenhänge zwischen «Bern» und den Aargauer Wahlresultaten ableiten zu wollen.

Davor bewahrt schon ein kurzer Blick auf die Ergebnisse der insgesamt sieben kantonalen Parlamentswahlen seit Anfang 1988. Es betrifft dies Baselstadt, St. Gallen, Schwyz, Thurgau, Uri, Schaffhausen und den Aargau. Da zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass die Regierungsparteien schon lange vor den Ereignissen um Bundesrätin Kopp ins Schlingern geraten waren. FDP, CVP, SP und SVP verloren in den sieben Urnengängen insgesamt 49 Sitze, denen 37 neue Mandate der Autopartei und 18 zusätzliche der Grünen (total nun 39 Sitze) gegenüberstehen. Auch die NA konnte ihren Besitzstand um drei Mandate auf elf erhöhen, während Landesring (mit drei) und EVP (mit vier) ebenfalls zu den Verlierern gehören. Der Aderlass der Bundesratsparteien teilt sich wie folgt auf: CVP 23, FDP 14, SP 10 und SVP 2. Die Schweizerische Volkspartei ist dabei nur in dreien der sieben Kantone vertreten; und sie hat bezeichnenderweise dort mit vier Mandaten Haare lassen müssen, wo sie traditionell die stärkste Regierungspartei verkörpert: im Thurgau.

Diese Entwicklung ist zunächst einmal die Konsequenz einer «Sandwich»-Position des Regierungslagers. Zu den «Grünen», die schon seit längerer Zeit Terraingewinne erzielen, ist nun seit 1987 am andern Ende des politischen Spektrums die Autopartei gekommen. Beide sind thematisch «Monocoloristen»-Bewegungen, die über ihr engeres Zielpublikum hinaus auch «Protestwähler» mit weniger klaren Anliegen anzuziehen vermögen. Und beide sind gegenwärtig erfolgreich, obwohl in ihren Kadern zum Teil alles andere als erbauliche Spannungen herrschen.

Doch wäre es kurzsichtig, die Veränderungen in der Parteienlandschaft allein aus dieser «Sandwich»-Situation der traditionellen Parteien heraus zu

interpretieren. Tatsache ist vielmehr, dass eine tiefergreifende Umschichtung im Gange ist, die sich übrigens nicht auf die Schweiz beschränkt. Untersuchungen eines Forschungszentrums der Universität Bern haben ergeben, dass die «Stammkundschaften» der Parteien kleiner werden. Die Bindungen des Bürgers an «seine» Gruppierung hat sich abgeschwächt. Er wird damit durch aktuelle Strömungen ansprechbarer und gerät auch leichter in «Verweigerungshaltungen». Dass auf diese Weise der Einfluss der Medien und auch die Wirkungen von politischer PR noch stärker als früher ins Gewicht fallen, liegt auf der Hand.

Die Gründe für diese Entwicklung? Sie sind zweifellos vielschichtig und teilweise auch schwer fassbar. Doch zwei Elemente sind kaum zu übersehen. Zunächst einmal ist die Gesellschaft in jeder Beziehung mobiler und flexibler geworden; auch die Politik sieht sich immer stärker einer «Konsumentengesinnung» ausgesetzt, die von den Wahlmöglichkeiten in allen Bereichen extensiver Gebrauch macht.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob das Zeitalter der «Volksparteien» nicht allmählich zu Ende gehe. Die ideellen Leitplanken der grossen Parteien bis hin zu den Sozialdemokraten haben viel von ihrer integrierenden Kraft eingebüsst — nicht zuletzt auch deshalb, weil die heutige Politik sich immer mehr mit komplexen Sachfragen auseinanderzusetzen hat, bei denen ideologische Konfrontationen Seltenheitswert bekommen. Und die wirklich brisanten Themen führen heutzutage ausserdem nur allzu häufig zu Frontbildungen quer durch die Parteien hindurch. Man denke an den Umweltschutz oder an den «Glaubenskrieg» rund um das Auto. Zudem sind die Spielregeln unseres Vielparteiensystems mit dem unausweichlichen Zwang zu Kompromiss und Konkordanz auch nicht gerade dazu angetan, parteipolitische Profilierungen zu begünstigen.

Richard Reich

«EG-Binnenmarkt» — ungenügende Informationslage in der Schweiz

Bei allen wirtschaftlich ausgerichteten Gurus, die ihren Blick in die Zukunft richten, die sich in Prognosen üben, spielt das «EG-Binnenmarktprogramm 1992» eine zentrale Rolle. Es wird mit einiger Sicherheit die wirtschaftliche Landschaft der Zwölfer-Gemeinschaft verändern und auch diejenige ausserhalb der EG nicht unberührt lassen. Die Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von der Entstehung eines *Anpassungsdrucks* vorwiegend auf der Unternehmensebene. Die schweizerischen Unternehmen werden von diesem Phänomen, je nach Branche allerdings in unterschiedlicher Weise, ebenfalls betroffen werden. Die Unternehmensführungen stehen mit-

hin vor dem Problem, auf diese neue Herausforderung eine adäquate Antwort zu finden.

Solche Antworten lassen sich nun allerdings nicht in kurzer Zeit aus dem Hut zaubern. Unternehmen, die sich in Sicherheit wiegen, die die «neue» Dynamik des EG-Marktes verdrängen, laufen Gefahr, eines unschönen Tages abrupt wachgerüttelt zu werden. Schicksale dieser Art gehörten in der Geschichte von Unternehmen nicht zu den Höhepunkten. Die Uhrenindustrie kann — ein Beispiel, das für andere steht — davon ein Liedchen singen. Besser wäre eine Verhaltensweise, die das, was auf die helvetischen Unternehmen zukommen könnte, prospektiv erfasste. Dazu braucht es zwei Voraussetzungen: einmal die Bereitschaft, sich entsprechende *Informationen* zu verschaffen und diese, zweitens, für die eigenen Zwecke auszuwerten. Wirtschaftsordnungen sind Entscheidungssysteme; gute Entscheide bedingen die Verfügbarkeit über tragfähige Informationen.

Das für seine solide Arbeit bekannte *ifo-Institut für Wirtschaftsforschung* hat vor noch nicht allzu langer Zeit festgestellt, dass der Informationsstand über das «EG-Binnenmarktprogramm» in der deutschen Unternehmerschaft noch nicht über alle Zweifel erhaben ist. Dieser Befund dürfte, wenn eine ähnliche Erhebung in der *Schweiz* durchgeführt würde, nicht wesentlich anders ausfallen. Und die eher mageren Ergebnisse betreffen vor allem die *Klein- und Mittelbetriebe,* die das schweizerische Unternehmerbild prägen. Das ist auch nicht überraschend, weil die Beschaffung und gezielte Auswertung von Informationen sowohl aufwendig wie kostspielig ist. Deshalb haben andere Länder, beispielsweise Grossbritannien, längst mit Aufklärungs- und Informationskampagnen begonnen. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über eine Reihe grosser und potenter Forschungsinstitute, die nun mehr und mehr in diese Aufgabe einsteigen. Auch in Frankreich ist der Staat schon vor einiger Zeit auf diesen Zug aufgesprungen.

Und in der Schweiz? Zwar werden auch in der Eidgenossenschaft landauf und landab Vortragsveranstaltungen zum Thema «EG-Binnenmarkt» in Szene gesetzt. Sie bleiben jedoch weitgehend im Unverbindlichen hängen und geben als Entscheidungsgrundlagen für einzelne Unternehmen wenig her. An harten Analysen, die den helvetischen Fall aus verschiedenen Perspektiven unter die Lupe nehmen, herrscht ein auffallender *Mangel.* Zwar gibt es auch in der Schweiz universitäre Forschungsinstitute. Aber sie haben sich bisher kaum durch besondere Zugriffigkeit und Aktualitätsbezogenheit ausgezeichnet. Und sie haben auch nur wenig Anlass zu einem solchen Verhalten, weil ihre Forschungsprojekte primär den akademisch versponnenen Prioritäten ihrer Institutsleiter folgen. Für die Aufnahme einer breit angelegten Unterstützung der Wirtschaftspolitik bzw. der Unternehmerentscheide fehlen die notwendigen Incentives. Auch der Nationalfonds ist offenbar noch nicht auf die Idee gekommen, ein besonderes Forschungsprogramm diesem Gegenstand zu widmen. Er gäbe ihm die einmalige Chance, aus seinem Schattendasein herauszutreten und in die Wirtschaft hineinzuwirken. Zudem wären einige staatliche Institutionen auszumachen, denen durchaus zugemutet werden könnte, auf diesem Gebiet etwas mehr Initiative zu zeigen. Die Herausforde-

rungen jeder Epoche bedingen die Entstehung einer auf sie zugeschnittenen Informationslage. In bezug auf das «EG-Binnenmarktprogramm» ist die Schweiz noch *weit von einem optimalen Zustand entfernt.* Dieser Rückstand könnte Folgen haben.

Willy Linder

Satanisches

Für einmal sind der Papst in Rom — sein Einverständnis mit einem nicht signierten Aufsatz im *«Osservatore Romano»* darf vorausgesetzt werden — und Hans Küng in Tübingen einig, und auch Rabbiner haben sich ähnlich geäussert: der englische Romanschriftsteller aus Bombay, zu dessen Ermordung nach des Ayatollas Aufforderung schon acht Millionen Franken Kopfgeld ausgesetzt wurden, hat sich schwerer, unverzeihlicher Beleidigung der grossen Religionsgemeinschaft, der er entstammt, schuldig gemacht. Die Entrüstung über den Lästerer wird schärfer und ausführlicher formuliert als die routinemässige — gewiss ernstgemeinte — Ablehnung jenes Mordbefehls. Es ist eine Frage der Gewichtung. Der Befehl im Namen islamischen Rechts und eines religiösen Imperativs ist grenzüberschreitend. Auch ein Nichtmoslem darf im Erfolgsfall seine Prämie anfordern — in seinem Fall nur eine Million Dollar.

Der Appell richtet sich also an Märtyrer wie an Profikiller, verheisst Reichtum in dieser und den Gläubigen das Paradies in der nächsten Welt. Wir sind nicht nur aufgefordert, die Erregung über «Satanische Verse» zu verstehen und in der Solidarität aller Religionen zu teilen — liege unsere eigene blutige Glaubensverfolgung denn so weit zurück? — wir sollen auch einsehen, dass es andere religiöse und kulturelle Bezüge gibt als die unseren. Unsere «westlichen» Werte sind ja relativ; wir leben in einer Welt des Pluralismus, dürfen anderen unsere eigenen Vorstellungen nicht aufzwingen. Es wäre ein neuer Kolonialismus. Hier Kulturmenschen — dort Barbaren, das kenne man . . .

Es ist auffallend, dass die international angesehensten islamischen Schriftsteller — der ägyptische Nobelpreisträger Nagib Mahfus, der marokkanische Goncourtpreisträger Tahar Ben Jelloun — Khomeinis Aufruf zur Tötung schroffer und uneingeschränkter verurteilen als manche Geistliche, Politiker, sogar manche Schriftsteller unserer Länder. Offenbar ist der Islam kein Monolith. Aus Indonesien, dem volkreichsten Moslemstaat, kam kein Zuspruch für Khomeini . . .

Salman Ghaffari, Botschafter Irans beim Heiligen Stuhl, hat erklärt, er sei bereit, selber die Hinrichtung Rushdies zu vollstrecken — ohne deswegen persona non grata zu werden — und hat in einem Interview in *«La Stampa»* erinnert, auch Mohammed habe einen Dichter zum Tode verurteilt, der ihn schwer gekränkt hatte. Es handelt sich um Abdallah Ibn Sa'd, der vor seiner Apostasie ein Schreiber des Propheten

gewesen war. Doch holt die Redaktion nach, was der Botschafter vergessen hatte: nach Zuspruch seiner Freunde hat der Prophet den Dichter begnadigt.

Wir dürfen den Kennern — Khalid Durán, Bernard Lewis, Edward Said und anderen — für ihren Nachweis dankbar sein, dass der Richtspruch, die Fatwa Khomeinis, nicht der Scharia entspricht, die eine bestimmte Prozedur vorsieht, und daher als Teil eines Machtkampfes in Iran selber zu verstehen ist. Doch haben die nach Tötung rufenden Massen von Bradford bis Paris und Bonn, mit Teilnahme vieler Pakistanis, bewiesen, dass diese Form des Fundamentalismus (es mag der falsche Ausdruck sein) grenzübergreifend wirkt.

Doch geht es für uns um etwas Grundsätzliches über solche Kenntnis hinaus. Ermordung von Gegnern im Ausland — Trotzki in Mexiko! — ist nichts Neues. Doch der Anspruch, in anderen, nichtislamischen Staaten kraft höherer Legitimität eine Tötung zu vollziehen, und die Zurückweisung jeder Kritik daran als feindseligen Akt ist einzigartig.

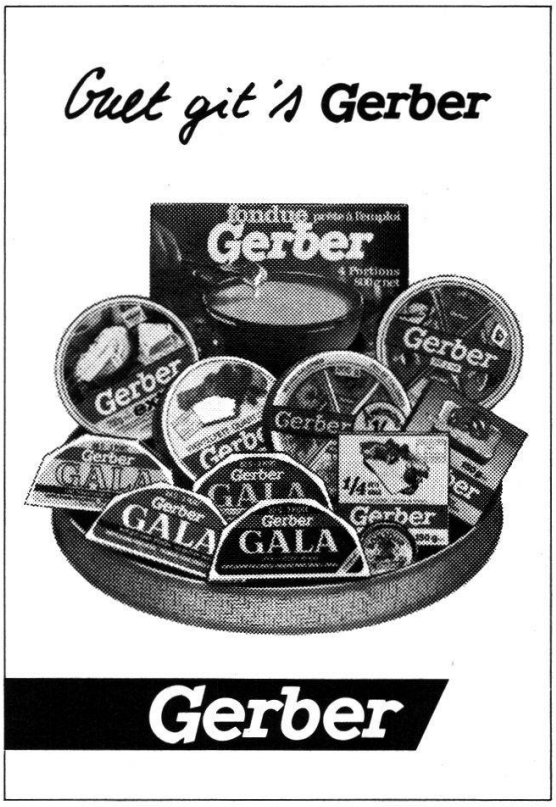
Es hat verständlicherweise manche schockiert, dass die Tausenden von Hinrichtungen in Iran im Lauf der letzten Monate zu keinem weltweiten Aufschrei geführt haben, und dass die Mitteilung des iranischen Innenministers *«Wir haben keine politischen Gefangenen, sie wurden alle hingerichtet»* kommentarlos wiedergegeben wurde.

Warum empört das Schicksal eines Schriftstellers mehr als dasjenige dieser Opfer? Sind Schriftsteller — noch dazu so ärgerlich rundum provozierende wie Rushdie — wertvoller als andere Verfolgte? Es ist wahr, die Solidarität der Schriftsteller gegenüber ihresgleichen ist entschiedener als manche andere. Liegt es daran, dass uns die Medien täglich mit Foltern und Hinrichtungen konfrontieren? Es geht hier um die bedrohte Meinungsfreiheit — Verleger und Buchhändler sind ausdrücklich mitbedroht worden. Und es ist der einzigartige Charakter eines Mordbefehls mit Kopfgeld, unter dessen Drohung der Autor von «Satanische Verse» fortan leben wird, was erschreckt. In Leserbriefen stand, man solle nicht immer auf diesen Befehl zum Morden starren, sondern den Fall im weiteren Rahmen sehen. Doch auf der ersten Seite der *FAZ* hat Frank Schirrmacher es treffend ausgedrückt: *«Diejenigen, die einen Mordbefehl ‹verstehen› oder ‹erklären› wollen, sollten sofort damit aufhören.»*

Wer den Splitter im Auge des Nächsten und nicht den Balken im eigenen sieht, gilt als Pharisäer. Doch gibt es eine Art, den Balken im Auge des andern zu einem Splitter zu verkleinern und den Splitter im eigenen in Balkendicke zu sehen, die ebenfalls selbstgerecht ist, und ein unbegründetes Gefühl von höherer Moral und Einsicht gibt. Da liest man etwa: Rushdie — schlimm, schlimm. Aber schaut, unter welcher Zensur wir leben müssen . . . Das ist Verhältnisblödsinn.

Satanische Verse. Was immer der Rang von Rushdies Roman ist — unbefangen, nach rein literarischen Kriterien, wird man ihn kaum mehr lesen — er steht in einer Tradition. François Mauriac konnte sagen, es gebe katholische Romanschriftsteller, aber keine katholischen Romane. In seinen argentinischen Aufzeichnungen der fünfziger Jahre — den Hinweis danke ich Iso Camartin — schreibt Witold Gombrowicz (Tagebuch, München 1988, S. 690):

«Die Literatur ist nicht die Entdekkung Gottes, sondern die Entdeckung des Satans. Wie hilflos ist die Literatur — und die Kunst überhaupt — angesichts Gottes! Angesichts der Tugend! Sie hat nichts, aber auch gar nichts, zu diesem Thema zu sagen — sie, die so sinnlich ist, so ganz im ‹Verkörpern› aufgeht. Gott bewegt sich nicht. Die Tugend auch nicht (wozu auch, wenn sie die Vollkommenheit erreicht hat, also den Ruhestand?) Nur die Sünde schafft jene Bewegung, die die Kunst atmet. Die Literatur will immer neue Teufel entdecken, und das ist ihre historische Aufgabe. Entwicklung beruht auf der gegenseitigen Verständigung der Dämonen. Vergleichen wir die Teufel Shakespeares mit dem Teufel Dostojewskis; den Teufel Dürers mit Goyas Teufel, Mozarts Teufel mit Schönbergs Teufel; Baudelaires Teufel mit Lautréamonts Teufel.»

Auch in diesem Sinn müssen sich die Schriftsteller (übrigens tun es nicht alle) mit Rushdie solidarisch fühlen. Und ist nicht ein grenzüberschreitender religiöser Mordbefehl mit Kopfprämie gegen den Autor eines Romans der beste Beweis, dass Satan den Tanz anführt?

François Bondy